

Karlsruhe, im Dezember 2004

## Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die neue gewählte SPD-Fraktion hat mit Freude und großem Elan ihre Arbeit aufgenommen. Die Mischung aus jungen und erfahrenen Kräften bewährt sich in der alltäglichen Praxis. Eine Herausforderung, insbesondere für die erstmals in den Gemeinderat gewählten Stadträte und Stadträtinnen wird die Verabschiedung des Doppelhaushalts 2005/2006 sein. Einige grundsätzliche Bemerkungen zum Haushalt und zur Haltung der SPD-Fraktion finden Sie in dieser Ausgabe. Darüber hinaus wollen wir das Thema Kinderbetreuung ansprechen, den Rückzug des Landes aus der Schulsozialarbeit sowie die Bestrebungen der Stadtverwaltung zur Neustrukturierung von Ämtern.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen besinnliche und erholsame Festtage sowie ein gutes, erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2005!



Doris Baitinger  
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak  
Fraktionsgeschäftsführer

## ■ Doppelhaushalt 2005/2006

Am 7. Dezember hat Oberbürgermeister Heinz Fenrich den Doppelhaushalt 2005/2006 eingebracht. Die Finanzsituation ist einmal mehr nicht besonders rosig, weil die Mindestzuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt nach dem jetzigen Kenntnisstand nicht erwirtschaftet werden kann. Neue Investitionen wären dann nur durch eine Erhöhung der Kreditaufnahme möglich.

Wie so oft kommt es darauf an, welche Prioritäten im Haushalt gesetzt werden. Und hier wird die SPD darauf achten, dass insbesondere die Belange der Kinder, der Jugendlichen und der sozial Schwachen genügend berücksichtigt werden.

Aufgrund des hartnäckigen Verbens und Drängens der SPD-Fraktion in der Vergangenheit sind im Haushaltsentwurf zahlreiche wichtige investive Maßnahmen eingestellt worden. So werden in den Ausbau von Ganztageseinrichtungen an 14 Schulen rund 9 Mio. Euro investiert. Dies wird jedoch nur Dank des von der rot/grünen Bundesregierung aufgelegten „Investitionsprogramms Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) möglich sein, das den Kommunen bis zum Jahre 2007 4 Mrd. Euro zur Verfügung stellt. Darüber hinaus werden endlich der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Wettersbach und die Lärmschutzmaßnahmen für Knielingen und Beiertheim-Bulach verwirklicht.

Was die freiwilligen Leistungen betrifft, also die Zuschüsse der Stadt an die Karlsruhe Vereine, Verbände und sonstige Organisationen und Einrichtungen, trifft unsere Prognose aus dem SPD-Report 1/2004 zu. Sie werden sich erinnern: Für den Nachtragshaushalt 2004 hatte die Verwaltung zum Teil kräftige Kürzungen für Sport- und Kulturvereine sowie soziale Einrichtungen eingestellt. Aus wahltaktischen Gründen seitens der CDU und der FDP traten diese Kürzungen jedoch erst zum 1.7. 2004, also zwei Wochen nach der Kommunalwahl, in Kraft. Der Haushaltentwurf 2005/2006 zeigt, dass sich die im Nachtragshaushalt beabsichtigten und eingestellten Kürzungen ab 1. Januar 2005 in der vollen Höhe auswirken werden. Die Institutionen müssen also für 2005/2006 mit noch weniger Zuschüssen als in 2004 auskommen. Soviel zur Unterstützung des vielbeschworenen Ehrenamts in Karlsruhe.

Die SPD-Fraktion wird in ihren Haushaltsklausursitzungen die Auswirkungen des Haushalts gerade für die vielen ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen und Verbänden sehr genau studieren und gegebenenfalls Korrekturen einfordern. Über die Ergebnisse der Haushaltsberatungen des Gemeinderats von Anfang März 2005 werden wir Sie in der Ausgabe 1/2005 des SPD-Reports informieren.

## ■ Familien sind die Gewinner des neuen Tagesbetreuungsausbaugesetzes

Familien sind die Gewinner des neuen Gesetzes über den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren, das von der rot/grünen Mehrheit im Bundestag durchgesetzt wurde. Bis zum Jahre 2010 sollen 230.000 neue Plätze für unter Dreijährige geschaffen werden sollen. Bisher haben lediglich 2,7 Prozent der unter Dreijährigen einen Betreuungsplatz in Deutschland. Kinder lernen früh, und zwar spielend. Das Versäumte holen viele, vor allem jene aus bildungsfernen Familien, nicht wieder auf. Nach einer US-Studie fließen für jeden Dollar, der in Dreijährige investiert wird, drei Dollar zurück, entweder durch höhere Steuereinnahmen oder durch weniger Sozialhilfeausgaben.

Der Vorwurf der CDU, das Gesetz sei nicht seriös finanziert, ist falsch. Der Ausbau der Tagesbetreuung wird von den Kommunen über die Entlastungen finanziert, die ihnen durch die Zusammenlegung der Arbeits- und Sozialhilfe zukommen. Dies sind ab 2005 jährlich um die 2,5 Milliarden Euro. Und durch eine Revisionsklausel ist sichergestellt, dass der Bund das notwendige Geld nachschießen wird, sollte die Entlastung nicht in der vollen Höhe erfolgen. Allerdings, das verschweigt die CDU gerne, kann der Bund aus verfassungsrechtlichen Gründen die Gelder nicht direkt an die Kommunen geben. Hier sind die Länder in der Verantwortung, die Einsparungen auch vollständig weiterzugeben. Leider hat sich Baden-Württemberg in dieser Hinsicht bisher als nicht verlässlich erwiesen. Dass die Bundesregierung ein verlässlicher Partner der Kommunen ist, hat sich bereits bei dem 4. Mrd. Euro Programm für den Ausbau der Ganztageschulen gezeigt.

Das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ist auch in Karlsruhe unbefriedigend und dringend ausbaubedürftig. Deshalb hat die SPD-Fraktion folgende Anfrage an den Gemeinderat gestellt:

1. Gibt es Kindertageseinrichtungen, die nicht ausgelastet sind und wenn ja, in welchen Stadtteilen?
2. Ist es vorstellbar, diese Einrichtungen auch für unter Dreijährige zu öffnen?
3. Welche Umbaumaßnahmen wären hierzu erforderlich?
4. Wie hoch schätzt die Verwaltung die Kosten für evtl. notwendige Umbauten?
5. Wie kann die Stadt Karlsruhe Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen motivieren, so genannte „normale“ Kindergarteneinrichtungen in altersgemischte halb- bzw. ganztägige Betreuungsangebote umzuwandeln?

## ■ **SPD kritisiert Rückzug des Landes aus Schulsozialarbeit**

Die SPD-Gemeinderatsfraktion und die Karlsruher Landtagsabgeordneten Regina Schmidt-Kühner und Günter Fischer kritisieren scharf den jüngsten Beschluss der Landesregierung, sich künftig aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit zurückzuziehen. Vom Schuljahr 2005/06 an sollen die Landeszuschüsse für die rund 170 Schulsozialarbeiter im Land komplett gestrichen werden. In Karlsruhe werden davon vier Schulen mit insgesamt 15.000 Euro betroffen sein. Die Stadt muss finanziell einspringen, soll dieses wichtige Angebot an den Schulen erhalten bleiben. Diese Entscheidung ist besonders unverständlich, da sich die Schulsozialarbeit als wichtiges Bindeglied zwischen der außerschulischen und innerschulischen Jugendarbeit bestens bewährt habe und für die bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler an den Schulen unerlässlich ist. Schulsozialarbeit ist aber nicht nur ein wichtiger Bestandteil kommunaler Jugendhilfe, wie das Land gerne betone, sondern eine unverzichtbare Institution im Bildungsgeschehen. Deswegen dürfe sich das Land nicht aus der Finanzierung herausstellen. Wer sich vollmundig für die Stärkung der Schule einsetzt und auch ein verstärktes ganzheitliches Vorgehen bei Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern fordert, gleichzeitig aber aus der Förderung der Schulsozialarbeit aussteigt, zeigt eine vollständige Konzeptionslosigkeit in der Bildungspolitik

## ■ **Rathaus-Fraktionen kritisieren „lange Finger“ der Landesregierung**

In seltener Einmütigkeit haben alle Fraktionen des Karlsruher Gemeinderats die CDU/FDP geführte Landesregierung in einer Resolution aufgefordert, nicht weiter in die kommunale Finanzmasse einzugreifen, d.h. den Kommunen die Finanzmittel zukommen zu lassen, die ihnen auch zustehen. So nimmt das Land den Kommunen nicht nur die Verbesserungen weg, die ihnen durch die Reformmaßnahmen des Bundes zufließen sollten, sondern es streicht noch einmal pro Jahr ca. 450 Mio. Euro. Im Ergebnis droht den Kommunen damit ein Verlust von rund 550 Mio. Euro allein für das Jahr 2005. **Karlsruhe würde mit 14 Mio. Euro betroffen sein.** Die SPD sieht die Finanzentscheidungen des Landes in dessen jüngster Tradition, sich immer mehr aus der Verantwortung zu ziehen und sich auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Das Land richtet seine Politik nicht mehr an Konzepten, sondern nur noch nach Kassenlage aus. Die Kommunen sind die Verlierer dieser kurzsichtigen Politik

## ■ **SPD enttäuscht über OB-Entscheidung zu Dammerstock**

Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist enttäuscht über die Entscheidung von Oberbürgermeister Fenrich, den SPD-Antrag auf Anbringung einer Halbschranke im Bereich des Bahnübergangs Nürnberger Straße/Ettlinger nicht auf die Tagessordnung des Gemeinderates zu setzen. Als Begründung führt Fenrich in einem Schreiben an die SPD-Fraktion an, dass in dieser Angelegenheit nicht der Gemeinderat, sondern die „Untere Verwaltungsbehörde“ zuständig sei. Für die SPD ist diese Argumentation wenig überzeugend, sind doch in der Vergangenheit schon oft Themen im Gemeinderat behandelt worden, ohne dass dieses Gremium originär zuständig war. Man hoffe deshalb nicht, dass die Entscheidung des OB ein Signal dafür sei, dass in Zukunft in vergleichbaren Fällen eine öffentliche Diskussion verhindert werde.

Zum Hintergrund: Im September diesen Jahres kam es zum wiederholten Mal zu einem Unfall an der Straßenbahnhaltestelle Dammerstock – die SPD griff die Forderung des örtlichen Bürgerverss nach einer Halbschranke per Gemeinderatsantrag auf. Gisela Fischer, SPD-Stadträtin aus Dammerstock-Weiherfeld, hofft jetzt, dass der mit allen beteiligten Fachdienststellen vorgesehene Ortstermin die Notwendigkeit der Anbringung einer Halbschranke deutlich machen wird. Schließlich, so Fischer, müsse die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer oberste Priorität haben.

## ■ **Fraktionen kritisieren Pläne zur Neustrukturierung von Ämtern**

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und KAL sind besorgt über Bestrebungen der Stadtverwaltung, eine Neustrukturierung der Ämter in den Bereichen Stadtplanung, Bauordnung und Landschaftsplanung durchzuführen. So wird ins Auge gefasst:

1. das Bauordnungsamt mit dem Stadtplanungsamt zusammenzulegen;
2. die Landschaftsplanung aus dem Gartenbauamt herauszulösen und dem Stadtplanungsamt zuzuschlagen;
3. die Forstwirtschaft in das Gartenbauamt zu integrieren.

Für die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und KAL ist es unumgänglich, dass die geplante Neustrukturierung der Ämter im Gemeinderat diskutiert und die Vor- und Nachteile abgewogen werden. Denn pensionsbedingtes Ausscheiden von Amtsleitern kann nicht primär der Anlass von Ämterzusammenlegungen sein. Deshalb haben die genannten Fraktionen einen entsprechenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht.

## ■ **Stadt soll 1-Euro-Jobs schaffen**

Mit Beginn des Jahres 2005 werden die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt und die Kommunen in der Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit zusätzliche Verantwortung für die Beschäftigungspolitik erhalten. Die Stadt Karlsruhe hat durch die Arbeitsförderungsbetriebe bereits in der Vergangenheit gute Ansätze entwickelt; diese gilt es nun weiter zu entwickeln.

Ein Bestandteil der künftigen Beschäftigungspolitik sind die Zuverdienstmöglichkeiten über die sogenannten „1-Euro-Jobs“, die Langzeitarbeitslosen eine Chance auf Beschäftigung eröffnen sollen. Derartige gemeinnützige Beschäftigungen dürfen sich aber nicht auf die Sozialverbände beschränken; die Stadt muss hier ebenso aktiv Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten. Möglichkeiten gibt es hier u.a. im sozialen und ökologischen Bereich.

Die SPD hat deshalb folgenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht:

Die Stadt erarbeitet in enger Kooperation mit den Arbeitsförderungsbetrieben ein Konzept zur gemeinnützigen Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen in Karlsruhe.



**Die SPD Fraktion Karlsruhe wünscht Ihnen  
schöne Weihnachten und  
ein gutes neues Jahr 2005**

